

vorum

Verlagspostamt 6900 Bregenz
Erscheinungsort Bregenz, P.b.b
Nr. 3256041954

Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg Nr. 1/2001

Zukunft der
Raumplanung

Bregenzerwald-
Studie

Wege zum aktiven BürgerInnen-Engagement

Bürgerinnen und Bürger werden in lokalen und regionalen Planungsprozessen zunehmend mehr eingebunden. Tatsache aber ist, dass oftmals nach einem guten Start schon relativ bald Motivation verloren geht, Beteiligung „abbröckelt“ und nur mehr eine kleinere Zahl Engagierter übrig bleibt.

Häufig ist die Arbeitskultur solcher Gruppen wenig transparent und sie verlieren zunehmend den Kontakt zur Gesamtbevölkerung. Das, was sie selbst verändern wollten, hat sie eingeholt. Was aber fördert eine erfolgreiche BürgerInnenbeteiligung? Meine Erfahrungen dazu anhand von sieben Thesen, jeweils mit einem Sinnspruch eingeleitet:

Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind ein günstiger⁽¹⁾
In der Regel finden sich Gruppen in der Meinung zusammen, dass sie die gleichen Ziele verfolgen. Im Verlauf ihrer Arbeit merken sie dann, dass sie unterschiedliche Vorstellungen von ihrer Aufgabe haben, unterschiedliche Auffassungen und unterschiedliche Werte vertreten. Die Zielklarheit, die Gruppen gemeinsam erarbeiten, ist das wichtigste Kriterium, um in der Folge auch gemeinsam arbeiten zu können.

„Das gefährdete Dorf“

– Grundsätzliches zur
Dorferneuerung – Erfahrungen
am Beispiel Salzburg.
Herausgegeben im
Residenz-Verlag,
ISBN-3-7017-0776-6
mit Beiträgen von
Winfried Herbst, Karlo M. Hujber,
Siktus Lanner, Holger Magel,
Gerlind Weber u. a.

Was wir tragen, trägt uns
Wir nennen in unseren Projekten die Leitungsgruppe immer „Trägergruppe“. Damit machen wir bewusst, dass ihre Arbeit viel mit dem

Wort „tragen“ zu tun hat. Sie ist erster und überzeugter Träger der Idee. Sie muss diese Idee zu anderen Menschen hinaus tragen, das ist weit mehr als schriftliche Einladungen und standardisierte Pressemeldungen zu schreiben. Das bedeutet, zu den Menschen hinzugehen, sie anzusprechen, zu überzeugen, einzuladen, mitzunehmen, ihnen kleine Aufgaben zu übertragen und sie so in die Mitarbeit hineinwachsen zu lassen. Betroffene

werden zu Beteiligten!

Den Umbruch der Gemeinden zum Aufbruch ihrer Menschen machen⁽²⁾
Ohne spürbarer „Aufbruchstimmung“ bleibt BürgerInnen-Engagement häufig in formalen Absprachen, Diskussionen und langen Protokollberichten stecken. Aufbruchstimmung wird erreicht, wenn die Themen „nahe am Menschen“ sind. Genau so wichtig aber sind lebendige, originelle und aktivierende Methoden, mit denen sie breit ins Gespräch gebracht, kreativ bearbeitet, aufeinander abgestimmt und als gemeinsame Ziele „verankert“ werden. Eine solche BürgerInnenbeteiligung bringt in BeWEGung, man kann sich diese nicht nur „ersetzen“.

Sehen und hören,
was da ist⁽³⁾
Gründliche Problem- und Ressourcenanalysen legen das Fundament für die spätere Zielfindung. Gerade letztere kann jene Ent-

wicklungspotentiale entdecken lassen, die auch strukturschwachen Gemeinden und Regionen die Möglichkeit geben, sich erfolgreich zu entwickeln und zu positionieren. Anzustreben ist schon hier eine breite Beteiligung der Bevölkerung, die bei guter Methodenwahl eine „Mitmachquote“ von über 90 % der Haushalte erreichen lässt.

Provokation muss von außen kommen, die Fahnenträger von innen⁽⁴⁾
Jede Köchin weiß, dass ein Braten, der im eigenen Saft schmort, sehr schmackhaft sein kann. Er kann aber auch zäh

werden, wenn er zu lange dort verbleibt und von außen nichts „nachgegossen“ wird. Externe Beratung und Begleitung sind für viele Projekte deshalb so wertvoll, weil damit ein eingefahrenes System zu einer neuen Dynamik geführt werden kann. Aber Beratung darf nicht zur Abhängigkeit führen. Deshalb legen wir unseren Beauftragungen einen strengen Maßstab zu Grunde: die Beraterinnen sollen so viel wie möglich allein machen, aber nie das Gefühl haben, allein gelassen zu sein.

Wo nicht geleitet wird, wird gelitten
Gruppen, die aus bürgerschaftlichem Engagement heraus tätig sind, zeichnen sich meist durch ein hohes Maß an Mitspracherecht aus. Häufig führt dies dazu, dass Führung und Leitung nicht klar geregelt, oftmals auch nicht gewünscht sind. Wir leiden jedoch weniger unter einem Beteiligungsmangel, sondern unter einem Führungsmangel.

Im Weg muss das Ziel sichtbar sein⁽⁵⁾
Dialog zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen, Rücksichtnahme auf andere, Eigeninitiative und Mitverantwortung, zielgerichtete Kooperationen und wirksames Handeln.... alles häufige Ziele in Leitbildern und Entwicklungskonzepten. Glaubwürdig sind diese Aussagen dann, wenn sie schon während des Prozesses zum Erfahrungsgut unter den Beteiligten werden. Denn im Weg muss das Ziel schon sichtbar sein!

Karlo M. Hujber, Entwicklungsberater für Gemeinden, Regionen und Non-Profit-Einrichtungen, Firma „Ideenkreis - Hujber & Reindl OEG“, A-5203 Schleedorf, E-mail: ideenkreis@ideenkreis.com

Quellenachweis: (1) Seneca, (2) HR Dr. Erich Enthofer, (3) Dipl.-Ing. Adolf Kastner, (4) Virginia Satir, (5) Mahatma Gandhi



Fotos: Ideenkreis



Foto: Bernheda Willing

Welche Zukunft soll der Bregenzerwald anstreben?

Raumkultur und Tourismus

„Meor ehrod
das Ault, meor
grüozod das Nü
und blibod üs
sealb und dor
Hoamad trü.“

Gerhard Wölflle (Egg 1902)

Vor beinahe 100 Jahren wurde aus Anlass der Eröffnung der Wälderbahn dieser Leitsatz für den Bregenzerwald formuliert, der bis heute an Aktualität nichts eingebüßt hat und dementsprechend als Leitfaden für die Zukunft aufzufassen ist. Die Lebensumstände und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seit dieser Zeit zwar grundlegend gewandelt, das gesunde Selbstverständnis der Bregenzerwälder ist, wie es der Dichter damals ausdrückte, jedoch immer noch zutreffend.

In der Zwischenzeit hat der Alpenwintertourismus in Vorarlberg nach und nach, ausgehend vom „Bödele“, auch den Hinteren Bregenzerwald erobert und deutliche Akzente durch verkehrstechnische und touristische Erschließungsmaßnahmen gesetzt. Die Pionierzeit großer schichttechnischer Neuerschließungen und das unbegrenzte Wachstumsdenken scheinen jedoch mit dem veränderten Freizeitverhalten und dem Bewusstsein der Verletzlichkeit der Vielfalt von Natur und Landschaft einem Wandlungsprozess unterworfen zu sein.

Im Bregenzerwald ist mit ähnlichen Veränderungen wie im gesamten Alpenraum zu rechnen. Aufgrund der verschärften Wettbewerbssituation wird der alpenweite Konkurrenzkampf zwischen den hochentwickelten Tourismusgebieten härter. Nur jene Regionen, bei denen

die naturräumlichen Voraussetzungen gegeben sind und wo sich die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen günstig entwickeln, werden in diesem Wettbewerb bestehen können. Dazu zählen auf der einen Seite die Klassiker der schitouristischen Hochburgen, auf der anderen Seite werden die schwächeren Gebiete gezwungen sein mit ausreichend profilierten

Entwicklung des Wintersports. Die durchwegs noch intakte bäuerliche Kulturlandschaft und die kleinbetrieblichen Strukturen sowie das Fehlen von übermäßigen touristischen und verkehrstechnischen Erschließungen wurde oft in etwa so interpretiert: „Man habe eben irgend etwas in der Entwicklung verpasst“.

Diese vermeintlich verpasste Entwicklung kann als Chance für eine lebenswerte Zukunft genutzt werden: Mensch, Natur, Kultur und Wirtschaft miteinander in Einklang zu bringen und in Räumen wie dem Bregenzerwald den Weg in eine gemeinsame, eigenständige, chancenreiche Zukunft zu weisen. Es lohnt sich, vor dem Hintergrund von Interessensgegensätzen und touristischen Nachfragetrends der Frage vertieft nachzugehen, welche anspruchsvollen Ziele in der Region angestrebt werden sollen.

Es ist im Land erkannt worden, dass es dazu einer eingehenden Untersuchung bedarf. Daher hat die Vorarlberger Landesregierung eine regionale Entwicklungsstudie „Raumkultur und Tourismus“ mit besonderer Berücksichtigung der Wintersportmöglichkeiten im Bregenzerwald und deren regionale Auswirkungen in Auftrag gegebenen und finanziert. Es ist eine Herausforderung für die gesamte Region im Untersuchungszeitraum 2000–2002 in einem gemeinsamen Arbeits- und Denkprozess mit Hilfe qualifizierter Tourismusexperten neue Lösungsansätze für eine innovative Gesamtentwicklung zu suchen und eine Profilierung im Wintertourismus anzustreben. Das bedeutet, gemäß des anfangs zitierten Leitgedankens für alle Engagierten und Interessierten:

- Bekenntnis zur Identität und Qualität im Bregenzerwald
- Mut zu Innovation und Kreativität
- Bereitschaft zu ständigem Lernen im gemeinsamen Dialog.

Ulrike Mast, Abteilung Raumplanung, Amt der Vorarlberger Landesregierung



Foto: Bergbahnen Dledamskopf

Angeboten, sich in Marktnischen zu positionieren. Hier liegt ein beträchtliches Konfliktpotential aber auch eine Chance für eine eigenständige, nachhaltige Regionalentwicklung.

Nun sind die BregenzerwälderInnen wieder aktiv gefordert über ihre Zukunft nachzudenken und weitere Entwicklungsmöglichkeiten kritisch zu hinterfragen. Es hat sich daher im Zuge des verschärften touristischen Angebots als zweckmäßig erwiesen, wenn sich die Region dort profiliert, wo sie ihre Stärken hat. Der Bregenzerwald ist eine Einheit, allerdings mit unterschiedlichen Voraussetzungen für die

GM in der Regionalentwicklung

Was ist Gender

Mainstreaming?

„Jedermann“ ist ab nun zuständig für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Neben rechtlicher Gleichstellung und Frauenförderung ist Gender Mainstreaming die dritte Strategie, die von der EU propagiert wird, um dem im Vertrag von Amsterdam nunmehr verbindlich verankerten Ziel näherzukommen, über Gemeinschaftspolitik die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. GM heißt, „die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen“. * Alle Politikfelder, auch jene, die auf den ersten Blick mit Geschlechterfragen wenig

zu tun zu haben scheinen, wie Infrastruktur-, Technologie-, Agrar-, Finanz-, Umwelt- oder Regionalpolitik, sind also daraufhin zu prüfen, ob und in welcher Weise sie der Gleichstellung von Frauen und Männern förderlich sind. In der Gemeindeentwicklungspolitik würde GM bedeuten, zum Beispiel folgende Fragen zu stellen:

- Werden durch die Errichtung eines neuen Fußballplatzes auch die traditionell eher geringen Chancen von Frauen auf sportliche Bewegung erhöht?
- Wirkt sich die geplante Förderung eines HighTech Zentrums auch auf die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze für Frauen aus?



Elisabeth Aufhauser

Insbesondere die im Rahmen der Strukturfonds durchgeführten Maßnahmen sollen in Zukunft verstärkt zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter genutzt werden. Dazu müssen geschlechtsspezifische Unterschiede in Lebensverhältnissen und Bedürfnissen bereits in der Analysephase aller Programme systematisch hinterfragt, in der Konzeptionsphase erkennbar berücksichtigt und in der Umsetzungsphase laufend überprüft werden. Zentrale Aufgabe ist es dabei, unter Berücksichtigung der historisch gewachsenen regionalen Gegebenheiten in den verschiedenen Maßnahmenbereichen jene Barrieren zu identifizieren, die grundlegend dafür sind, ob Gleichstellung über bestimmte Maßnahmen gefördert oder gehemmt wird.

GM erfordert zuallererst eine Auseinandersetzung mit den in unseren Köpfen verankerten Geschlechterbildern und -stereotypen

- Wichtig ist, dass GM nicht nur darauf abzielt, Frauen „halt auch“ einen Gymnastikraum zur Verfügung zu stellen und die Ansiedlung eines Altenheimes mit Arbeitsplätzen im Pflegebereich zu unterstützen. Wenn über regionale Strukturpolitik tatsächlich die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden soll, müssen wir mit stark veränderten Bildern von Weiblichkeit und Männlichkeit in die Planung gehen. Etwa folgenden:
- Auch Frauen können sich für „raumgreifende“ sportliche Aktivitäten begeistern.
 - Die jungen Frauen sind heute vielfach besser ausgebildet als die jungen Männer und im Allgemeinen sehr daran interessiert, ihre guten Qualifikationen in adäquate berufliche Tätigkeiten umzusetzen.
 - Um Gleichstellung zu erreichen, müssen auch die Chancen der Männer auf eine „gerechte“ Teilhabe am Familienleben erhöht werden.
 - Regionalpolitik sollte mit möglichst vielen Frauen stattfinden.

Dr. Elisabeth Aufhauser, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien

* http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/index_de.htm (Homepage der GD für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten der Europäischen Kommission)

„Die Erde wird ein gigantisches Boston oder noch eher Chicago mit etwas Landwirtschaft dazwischen, das Gebiet der letzteren nannte man früher Natur“

Prinzip Hoffnung, Ernst Bloch



Was müsste sich in der Raumplanung ändern?



Dr. Mario F. Broggi

Ich habe keine besondere Freude am Fliegen. Mir ist dies alles zu eng und unbequem. Manchmal schaue ich hinaus und bewundere die Landbauformen oder es fasziniert mich ein mäandrierender Fluss. Im Grenzraum Österreich-Deutschland-Schweiz fallen mir hingegen die Haufendörfer im Alpenvorland und die Streusiedlungen im Bregenzerwald auf, die kompakt oder sonst nachvollziehbar in der Entwicklung gestaltet sind. Aber im

Alpenrheintal – hüben und drüben – dominiert ein Siedlungsbrei mit Ballungsraum, Autobahnen, Supermärkte an der Peripherie, riesige Parkplätze, Industriehallen und immer wieder Strassen, und gesichtslose Einfamilienhaus „weiden“. Ja und dann noch das dazwischenliegende Grün mit häufig ausgeräumtem Landwirtschaftsgebiet. „Natur“ droht hier nur mehr in leicht verträglichen Dosen als Restgrün Platz zu haben. Wie landschaftsblind sind wir doch alle schon geworden, dass wir diese Umweltzerstörung nicht lauter beklagen. Darf man da nicht mit Fug und Recht fragen: wo bleibt da die Raumplanung? Ist Raumplanung provokant gefragt die Summation der Partikularinteressen oder wird Raumplanung vom Rechtssystem und vom übergeordneten Interesse bestimmt?

Was ist meine Kernbotschaft hierzu?

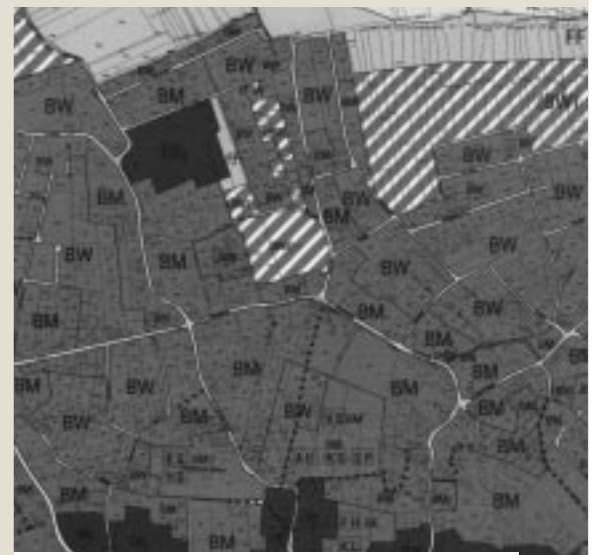
1. Ich behaupte einmal, dass wir weniger planen als Gesetze und Verordnungen anwenden. Wir regeln eher die Bauabstände und es wird kaum die Frage gestellt, wie wir mit Raum umgehen. Wir müssen mehr Raumsensibilität entwickeln und die laufende Landschaftszerstörung darf nicht als solche blind akzeptiert werden. Die Raumplanung kann nur wirksam sein, wenn wir ihr gesellschaftspolitisch das nötige Gewicht geben.
2. Die Ziele der Raumplanung sind hehr, sie haben aber nicht das nötige Instrumentarium der raumgreifenden Sicht. Die Raumplanung muss sich näher mit den nachhaltigen Anforderungen verknüpfen lassen. Wir müssen das Paradox bewältigen, dass Freiheit dort erlebt wird, wo es Grenzen gibt. Gerade wenn die Gemeinschaft dem Einzelnen zu viele Freiheiten auf Kosten anderer zugeht, dann droht ihr die Unfreiheit, weil sie zerbricht. Ohne klare Bestimmungen
3. Es ist nicht die Raumplanung, die den Raum gestaltet, sondern die Mobilität. Wollen wir an die Wurzel der Probleme gehen, so hat das mit der Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens zu tun, d.h. es muss entschleunigt werden. Mögliche Stichworte hierzu lauten:
 - Zusammenrücken von Funktionen in der Raumplanung zwecks Vermeidung von Zersiedelung und Minderung der Verkehrswege.
 - Reduktion des Individualverkehrs und Begünstigung des öffentlichen Verkehrs.
4. Raumplanung ist letztlich Abbild herrschender Gesellschaftspolitik und deren Werte. Will die Raumplanung erfolgreicher als in der Vergangenheit sein, so hat sie nicht nur ihre Inhalte zu hinterfragen, sondern vor allem auch ihre Vorgehensweise. Sie erlitt sicher auch deshalb Niederlagen, weil sie die Grundsätze der Subsidiarität, der Bürgernähe und der Dialogbereitschaft zu wenig beherzigte. Dies bedeutet, dass der Planungsprozess in grösstmöglicher Nähe zu den von der Entscheidung Betroffenen anzusiedeln und als ständiges Lernen aufzufassen ist. Die da und dort spriessenden Planungswerkstätten, Leitbild-Diskussionen in den Agenda-21-Prozessen und die Gemeinde-Entwicklungsplanungen bilden wertvolle Ansätze. Die Leitfragen, die zu beantworten sind lauten hier:
 - Was soll auf den verschiedenen Ebenen geregelt werden?
 - Was sind stufengerechte Kompetenzverteilungen im Bereich der Raumplanungen? Auch die hier verlangte Mitwirkung bewahrt uns nicht davor unbequeme Fragen zu stellen, schwierige Aufgaben einzuhandeln und unbequeme Lösungsansätze einzubringen.

Univ. Doz. Dipl. Ing. Dr. Mario F. Broggi, Direktor Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Birmensdorf ZH und Vorsitzender des Vorarlberger Naturschutzrates

Orte in Landschaft einbetten

„Wir stellen heute her, wir bringen hervor, aber wir bringen nichts zum Erscheinen, wir lassen die Orte nicht hervortreten. Alles wird disponibel, verschieb- und austauschbar und die Ortsbilder gleichen sich immer mehr. Es fehlt uns ein raumsensibler Umgang, es fehlt eine Kultur der Wahrnehmung, Fingerspitzengefühl, Takt, Esprit im Umgang mit Sachen, Pflanzen, Tieren, Menschen.“

- Die Leitfrage lautet:
- Wie machen wir den besiedelten Raum wieder zu einem Teil der Kulturlandschaft, ausgestattet mit mehr Lebensqualität? Oder wie betten wir unsere Städte und übrigen Orte in die Landschaft ein?
 - Wie schaffen wir es, bauen nicht nur als unerwünschten Eingriff, sondern als bewusst gestalteter Bestandteil unserer Kultur zu formen?“



Anpassung der Flächenwidmungspläne

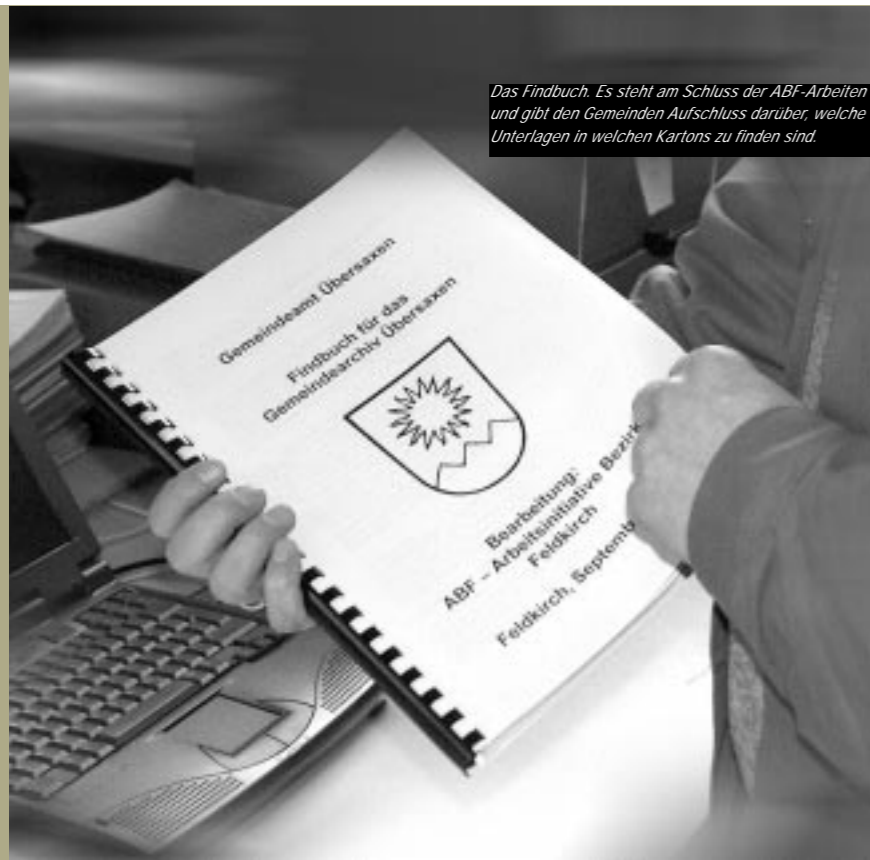
Mit 1. August 2001 läuft die Frist zur Anpassung der Flächenwidmungspläne ab. Folgende Bestimmungen sind davon betroffen:

Vorbehaltsflächen (§ 20 Abs 1, LGBl Nr 391/1996): Die Neuregelung sieht vor, dass sowohl der vorgesehene Verwendungszweck als auch die sogenannte „Unterlagswidmung“ (Baufläche, Bauerwartungsfläche oder Freifläche) anzugeben sind.

Kerngebiete (§ 14 Abs 2, RPG, LGBl Nr 43/1999): Mit dieser Bestimmung wurde das Kerngebiet neu definiert. Flächenwidmungspläne, in denen Flächen als Kerngebiete ausgewiesen sind, die der neuen Kerngebietsdefinition nicht entsprechen, sind zu adaptieren.

Betriebsgebiete (§ 14 Abs 5 und Abs 6 RPG): Die Widmungskategorien „Betriebsgebiet Kategorie I und Kategorie II“ wurden mit der Raumplanungsgesetz-Novelle, LGBl Nr 34/1996, eingeführt. Aufgrund der neuerlichen Änderung dieser Bestimmungen durch die Novelle des Raumplanungsgesetzes, LGBl Nr 43/1999, sind jene Flächenwidmungspläne, die bis zum Inkrafttreten der Novelle am 15. September 1999 noch nicht überarbeitet wurden – bei denen also die Betriebsgebiete noch nicht in die jeweiligen Kategorien eingeteilt wurden – an die Abs 4 und 5 des § 14 in der neuen Fassung anzupassen.

Für die Überarbeitung sollte der auf digitaler Basis erstellte Flächenwidmungsplan als Planungsgrundlage herangezogen werden.



Das Findbuch. Es steht am Schluss der ABF-Arbeiten und gibt den Gemeinden Aufschluss darüber, welche Unterlagen in welchen Kartons zu finden sind.

Dienstleistungsangebot für Gemeinden – ABF-Mikroverfilmung schließt Marktnische

Vom Keller ins Netz

Ein interessantes Angebot einer ebenso interessanten Initiative für Gemeinden und öffentliche Einrichtungen ist die Mikroverfilmung der ABF-Arbeitsinitiative Feldkirch: sie schließt eine Bedarfslücke in der Gemeindeverwaltung, hilft Langzeitarbeitslosen bei deren Wiedereingliederung und rettet Kulturgut aus dem letzten Jahrtausend in das neue.

Die Geschichte der Gemeinden kommt in Form von hohen Bergen vergilbten Papiers, zusammengehalten von rostigen Büroklammern und einem oft heillosen Durcheinander von Protokollen, Katasterplänen, Aufzeichnungen, Wehrmachtsunterlagen und vielem mehr auf die Schreibtische des ABF-Teams in den Räumen der ehemaligen Feldkircher Stadtwerke.

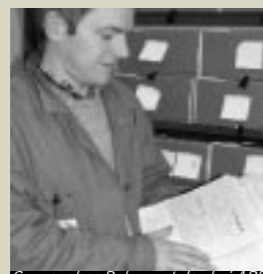
Zuerst einmal schaffen sie Ordnung in dem was jahrzehntlang in den Kellern lag. Danach werden die Unterlagen vom ABF-Bereichsleiter, dem Historiker Dr. Rupert Tiefenthaler, bewertet. Anschließend wird alles das verzeichnet was auch langfristig und dauerhaft aufbewahrt wird. Die Mitarbeiter und künftig vielleicht auch Mitarbeiterinnen des Langzeit-

arbeitslosenprojekts ordnen, bewerten und verzeichnen aber auch Archiv- und Bibliotheksgut aus den Landesarchiven. In Kürze können sie dieses auf Wunsch auch ins Internet bringen. Vom Keller ins Netz, sozusagen!

Bewerten, ordnen, verzeichnen

Die Auftraggeber von ABF, zu denen immer mehr Vorarlberger Gemeinden zählen, bekommen am Schluss ein Findbuch aus dem hervorgeht, welche

Unterlagen in welchen Kartons zu finden sind. In einem Gutachten wird festgehalten welche Schriftstücke zur Verfilmung empfohlen werden. „In der Regel werden nur etwa drei Prozent aller Unterlagen mikroverfilmt. So sind beispielsweise aus dem Gemeindearchiv Übersaxen von 114 Archivkartons vier verfilmt. Am Beispiel des Feldkircher Archivs wurden die ersten Daten digitalisiert und auf CD gebrannt. Der Schritt ins Internet ist somit nur noch ein kleiner. Noch dieses Jahr soll er verwirklicht werden.“



So manches Dokument das bei ABF bearbeitet wird, macht die Gemeindegeschichte transparenter. Im Bild Leiter der ABF-Mikroverfilmung, Historiker Dr. Rupert Tiefenthaler.

Die ABF-Arbeitsinitiative Feldkirch

Entstanden ist die ABF-Mikroverfilmung aus der ABF-Arbeitsinitiative. Die 24 Gemeinden des Bezirkes Feldkirch sind Mitglieder bei ABF und bilden das Rückgrat des Vereins. In Zusammenarbeit von Gemeinden, Land und AMS wird versucht der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Durch die Beschäftigung bei ABF wird auf die Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt hingearbeitet. 50 Prozent dieser Transitarbeitskräfte konnten nach vorübergehender Beschäftigung bei ABF in ein Dauerarbeitsverhältnis vermittelt werden. Die Gemeinden des Bezirkes Feldkirch sichern durch Aufträge an ABF den Eigenfinanzierungsanteil des Vereines und profitieren von den Produkten und Dienstleistungen des Vereines. Die Arbeitsbereiche von ABF sind: Mikroverfilmung Verpackung, Krankenhaus, Waldpflege, Fahrrad-Kurierdienst sowie sonstige Dienstleistungen. Obmann des ABF-Vereines ist Landtagsvizepräsident Günter Lampert, Geschäftsführer LAbg. Johannes Rauch. Finanziert wird ABF durch das AMS (37%), durch Eigenerlöse von ABF (37%), durch das Land Vorarlberg (26%) und durch Mitgliedsbeiträge der Gemeinden (1%). Das AMS deckt auch die Sachkosten und fördert größere Investitionen durch Sonderfinanzierungen. Die Gesamtkosten von ABF betragen 1999 ATS 13 Mill. ATS.

So manches Interessante kommt dabei zutage. Derzeit ist das Archiv des Ortes Übersaxen an der Reihe: Dokumente, zum Teil noch in Kurrentschrift verfasst, liegen auf den Bürotischen. Es geht unter anderem um die Versorgung im Kriegsgefangenenlager Übersaxen. „Das macht nicht die große Geschichte, aber es macht transparent und gibt ein Bild; es zeigt den Umgang der Bevölkerung mit den Kriegsgefangenen“, sinniert Dr. Tiefenthaler. Interessant und sehr umfangreich werden die Arbeiten für die Gemeinde Sulz sein, die bald einmal anstehen werden. „Hier ist ein großer Bestand an sicherlich interessantem Archivmaterial zu sichten, da Sulz noch über bis ins 16. Jahrhundert zurückreichende Urkunden verfügt.“ weiss Tiefenthaler.

Begonnen hat die ABF-Mikroverfilmung vor gut einem Jahr mit der Verzeichnung und Aufarbeitung des Bestandes Flurbereinigung und Zusammenlegung von der Agrarbezirksbehörde Bregenz. Es folgten u.a. die Verfilmung alter Schulmatrikeln des Feldkircher Gymnasiums, der Zunftbücher der Feldkircher Zimmermannszunft, der Findbücher des Kreisamtes aus dem Vorarlberger Landesarchiv sowie die Gemeindearchive Fraxern, Schnifis und Übersaxen.

Nutzen für Gemeinden, Arbeitslosen, Land

Der Mehrfach-Nutzen der Initiative liegt für alle Beteiligten – das sind Arbeitslose, Gemeinden und das Land – auf der Hand: Die Gemeinden sind vom Gesetz her zur Führung eines Archivs verpflichtet. Damit tun sich besonders Kleingemeinden schwer. ABF bietet eine Abnahme dieser Verpflichtung zu kostengünstigen Bedingungen und einer hohen Qualität. Es wird somit ein geordnetes Archiv als



Fotos: Andrea Felder

Geschäftsführer LAbg. Johannes Rauch und ABF-Bereichsleiter Dr. Rupert Tiefenthaler zeigen hier die Mikroverfilmung der Feldkircher Meldeamtskarte.

Grundlage zur leichteren selbständigen Weiterbearbeitung für die jeweilige Gemeinde geschaffen. Durch diese Initiative wird mit den beschäftigten langzeitarbeitslosen Personen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess hingearbeitet. Für das Land Vorarlberg ist damit der Schutz von Kulturgut verbunden.

Was kostet der Service?

Die ABF-Dienstleistungen rund um Archivierung und Mikroverfilmung kostet ATS 180,- pro Arbeitsstunde sowie ATS 2,98 pro Aufnahme. Auch die anderen Angebote der ABF-Arbeitsinitiative können von den Gemeinden in Anspruch genommen werden. (siehe unten- bzw. nebenstehend). Dafür gelten zum Teil niedrigere Tarife

Andrea Felder

INFORMATIONEN: ABF, Liechtensteinerstraße 11, 6800 Feldkirch, Tel. 05522/36830, Fax 05522/36830-4, eMail: abf@vlbg.at, Internet: <http://www.arbeitsprojekte.at/abf.html>

Maßarbeit in der Gemeinde

Räumliche Entwicklungskonzepte, Ortszentrumsgestaltungen, Leitbilder ... Immer mehr langfristige, strategische Planungen werden erstellt, um der zunehmenden Komplexität und Verflechtung der verschiedenen Lebensbereiche Herr zu werden.

Viele dieser Gemeindeprojekte werden von externen FachexpertInnen geplant, begleitet und durchgeführt. Es zeigt sich dabei, dass es meistens keine Standard-Lösungen gibt, sondern dass Maßarbeit geleistet werden muss.

Bei Anfragen von Gemeinden werden deshalb gut ausgebildete BeraterInnen äußerster Augenmerk auf eine sorgfältige Auftragsklärung legen, d.h. die Anliegen der Gemeinden und der Projektkontext werden so genau wie möglich erfasst und die Projekt-Ziele genau beschrieben, damit eine präzise Prozessplanung möglich ist. Und trotzdem stellt sich nach manch' vermeintlich genau geplantem und sorgfältig durchgeführtem Projekt heraus, dass die Ergebnisse dennoch auf Widerstand stoßen und nicht akzeptiert werden.

Oft waren bei der Auftragsklärung nicht alle (offiziellen und geheimen) Auftraggeber dabei. Die können sich dann auch nicht im Ergebnis wiederfinden und verweigern Zustimmung und Akzeptanz. Eine entsprechende Selbstanalyse „Was ist eigentlich das Problem?“ und Willensbildung „Was wollen wir eigentlich?“ ergeben ein gut ausgearbeitetes „Pflichtenheft“ für den Planer oder die Planerin. Dies erleichtert externen Fachleuten ihre Arbeit enorm und hilft mit, die Ergebnisqualität zu sichern. Das Projekt vor dem Projekt, also eine Klausur des Gemeinderates/Gemeindevertretung und der Gemeindebediensteten vor dem Umbau des Gemeindehauses, eine Zukunftswerkstatt mit der Bevölkerung vor der Zentrumsverbauung oder der Erarbeitung eines Sozialkonzeptes, eine Sitzung mit den Vereinsleuten vor der Auftragsvergabe für den Bau der Turnhalle ... usw., helfen mit, sich klar zu werden, was man von einem externen Fachexperten will, worin seine Leitung bestehen soll, was für ein Produkt man bei ihm bestellt.

„Wir PolitikerInnen sind dazu da, Entscheidungen zu treffen.“ Diesen Satz hört man oft in den Gemeindestuben und er hat auch seine Berechtigung. Nur, wie die Politiker zu ihren Entscheidungen gelangen, wie sie sie vorbereiten, das steht nicht im Gemeindegesetz.

Mag. Peter Swozilek, Supervision Gemeindeentwicklung

Land fördert Vorprojekte

Die Kosten von „Veranstaltungen oder Klausuren zur Klärung von Planungsvoraussetzungen und Rahmenbedingungen mit dem Ziel, die Chancen von Entwicklungsprojekten besser abschätzen zu können,“ werden durch das Land (Abteilung Raumplanung und Baurecht) mit 35 bis 50 % gefördert. Ausschlaggebend für die Förderhöhe ist die Finanzkraft der Projektgemeinde. Die Erfahrung zeigt, dass es Gemeinden im Rahmen von Vorprojekten immer wieder gelingt, Grundsatzfragen zu anstehenden Entscheidungen zu klären, ohne weitgehende Entwicklungsplanungen in Auftrag geben zu müssen. Bei schwierigeren Aufgabenstellungen können Probleme abgegrenzt und weitere Schritte festgelegt werden. Der Vorteil ist, dass vorerst kein größerer Auftrag vergeben werden muss. Die Ergebnisse des Vorprojektes können in der Regel in die Folgeplanungen übernommen werden. Ein Vorprojekt bietet auch die Möglichkeit, unverbindlich den Arbeitsstil von Fachleuten kennenzulernen. Die Fachleute ihrerseits können auf Grundlage der Vorüberlegungen ihre Angebote besser auf die individuellen Bedürfnisse einer Gemeinde abstimmen.

Christoph Turtcher, Abteilung Raumplanung, Amt der Vorarlberger Landesregierung

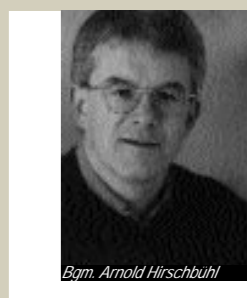
Gemeindevertretungs-Klausuren Was bringt's?



Bgm. Helmut Leite

Angelegenheit einem breiten Entwicklungsprozess mit Einbindung der Bevölkerung zuzuführen.“
Helmut Leite, Bürgermeister

„Eine neue Gemeindevertretung bedeutet Start zu fünf Jahren gemeinsamer Arbeit für Krumbach. Die Erarbeitung von Zielen sowie die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen waren schon die Vorgaben des Krumbacher Leitbilds vor fünf Jahren. Die Gemeindevertretung sowie die Mitglieder unserer wiederum eingerichteten Beiräte erarbeiteten in einer Wochenendklausur im Kloster Bezau Vorgaben für die weitere politische Entwicklung unseres Dorfes. Neben der fachlichen Arbeit wurde auch auf den gesellschaftlichen Aspekt nicht vergessen. Die Mitarbeit und die Zusammenarbeit mit allen verfügbaren, engagierten GemeindebürgerInnen ist für eine erfolgreiche Arbeit und die notwendige Akzeptanz durch die Bevölkerung wichtig.“
Bürgermeister Arnold Hirschsühl, Krumbach



Bgm. Arnold Hirschsühl



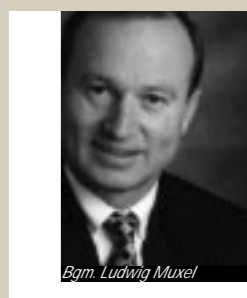
Bgm. Peter Nußbaumer

„Schon im Jahre 1991 hat sich unsere Gemeindevertretung und deren Ersatzmitglieder zu einer ganztägigen Klausur getroffen. Durch die gemeinsame Erarbeitung der Schwerpunkte und Zielrichtungen ist es in der täglichen Arbeit der Gemeindeverantwortlichen wesentlich einfacher Vorentscheidungen zu treffen und die Entwicklung in die gewünschte Richtung zu leiten. Auch die Gemeindevertretung hat somit die Gewissheit, dass die Entscheidungen auf die erarbeiteten Zielsetzungen abgestimmt werden. Wichtig ist jedoch, dass bei derartigen Klausuren klare Zielsetzungen und Grundsätze zu den verschiedensten Themen wie z.B. Gewerbeentwicklung, Bodenpolitik, Sozialpolitik, Räumliche Entwicklung, usw. erarbeitet und im Grundsatz auch beschlossen werden.“

Während die 1. Klausur noch vom Bürgermeister selbst geleitet wurde, haben wir in der Folge die Hilfe erfahrener externer Projektbegleiter in Anspruch genommen. Sehr positiv hat sich auch gezeigt, die Klausuren außerhalb der Gemeinde abzuhalten, ideal wäre aus gesellschaftlichem Rahmen auch die Abhaltung einer 2-tägigen Klausur mit einem entsprechenden Rahmenprogramm, dies kann sehr wesentlich zum Abbau persönlicher Vorbehalte innerhalb der GemeindevertreterInnen führen.“
Bgm. Peter Nußbaumer, Langenegg

„Die Gemeindevertretung hat im Jahre 1995 nach den Gemeindevertretungswahlen das erste Mal eine Klausur abgehalten. Sie fand in Schwarzenberg statt. Bei dieser Klausur wurden die Ziele erarbeitet, welche in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden sollten. Dies war insofern wichtig, da Lech schon 1995 reine Persönlichkeitswahlen abgehalten hat und daher keine Parteien und Listen zur Wahl angetreten sind. Im Rahmen der Klausur, welche vom Managementcenter Vorarlberg begleitet bzw. moderiert wurde, konnten alle GemeindevertreterInnen und die ersten drei Ersatzmitglieder ihre Ziele formulieren. Ebenso wurden die Ausschüsse nominiert. Das Erarbeiten von Zielen und das Nominieren der Ausschüsse konnten in einem sehr konstruktiven Klima erreicht werden; möglich und gewünscht war auch das private Miteinander.“

1998 wurde in der Halbzeit wieder mittels einer Klausur die Erreichung der Ziele überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die bei den Gemeindevertretungswahlen im April 2000 gewählte Gemeindevertretung traf sich ebenfalls zu einer Klausur, um dort die Ziele für die kommenden fünf Jahre festzulegen. Für mich ist dies die beste Form von Gemeindepolitik, wenn alle ihre Ideen einbringen können und nicht nach Listen- bzw. Parteivorgaben gearbeitet werden muss.“
Bürgermeister Ludwig Muxel, Lech



Bgm. Ludwig Muxel



TERMINE

UNESCO-Zertifizierung Biosphärenpark

Anlässlich eines Festaktes im Landhaus am 1. Februar 2001 wurde das Große Walsertal in den Kreis der UNESCO-Biosphärenparks aufgenommen. Diese Zertifizierung ist eine Anerkennung für die intensiven Entwicklungsaktivitäten der Talschaft in den vergangenen Jahren. Die Marke „Biosphärenpark“ soll auf Dauer zur besseren wirtschaftlichen Positionierung der Region beitragen.



Im Bild v.l.n.r.: Dr. Peter Bridgewater, Generalsekretär des MAB-Programms, Direktor der Abteilung Umweltwissenschaften bei der UNESCO in Paris, LAbg. Josef Türtscher, Obmann der Regio Großwalsertal, Landesrat Erich Schwarzler und Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber.

Gemeindeakademie Schloss Hofen

Die folgenden Veranstaltungen finden in Schloss Hofen, Lochnau statt.
Information und Anmeldung:
Schloss Hofen
Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung
A-6900 Lochnau
Tel. 05574/4930-0
eMail: gabriele.boehem@schlosshofen.at
Internet: <http://www.schlosshofen.at>

Montag, 5. März 2001, 9:00–17:00 Uhr

Mitarbeiterführung am Bauhof

Seminarinhalte: Regeln wirksamer Mitarbeiterführung. Möglichkeiten der Einflussnahme einer Führungskraft. Wichtige Grundsätze der Kommunikation. Umgang mit schwierigen Führungssituationen.
Referent: Dr. Albrecht Feurstein

Dienstag, 6. März 2001

Euro – der count-down läuft

Die Umstellung auf den Euro bringt für die Gemeinden und Gemeindeverbände umfangreiche Änderungen.
Referent: Mag. Alexander Maimer, KDZ – Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH

Mittwoch, 21. März 2001

Vertragsrecht

Ziel des Workshops ist es, an Hand konkreter Fallbeispiele aus der Praxis Fehler beim Vertragsabschluss zu vermeiden: ein Instrumentarium zur Absicherung durch Durchsetzung von vertraglichen Ansprüchen zur Verfügung zu stellen sowie die Möglichkeiten im Falle einer mangelhaften Vertragserfüllung aufzuzeigen.
Referenten: Mag. Wolfgang Friedl, Rechtsanwalt, Wien; Mag. Stefan Groß, Assistent Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Bürgerliches und Handelsrecht

Donnerstag, 22. März 2001

Freitag, 23. März 2001

Liegenschafts- und Mietrecht

1. Tag: Liegenschaftsrecht, 2. Tag: Mietrecht
Referenten: Mag. Wolfgang Friedl, Rechtsanwalt, Wien; Mag. Stefan Groß, Assistent Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Bürgerliches und Handelsrecht

Dienstag, 27. März 2001

Organisation im Sekretariat und Front Office

Grundlagenseminar für MitarbeiterInnen in Gemeindegemeinschaften und im Front-Office
Referentin: Silvia Spiess, Trainerin für Büroorganisation und Kommunikation, NLP-Master Practitioner, Mediatorin

Donnerstag, 5. April 2001

Sicher Argumentieren

Es ist nicht leicht, einem anderen Menschen etwas mitzuteilen, was für ihn nachteilig ist. In der Gemeindegemeinschaft ist man oft in der Situation, dass man Entscheidungen fällen muss, die auf Widerstand stoßen.
Referent: Dr. Peter Heigl, Sprachwissenschaftler, Psychologe, Trainer

Dienstag, 24. April 2001

Tierhaltung im Wohngebiet

Seminarziele: Aufzeigen von Problembereichen mit Tierhaltung und TierhalterInnen. Information über rechtliche Grundlagen. Klärung von Definitions- und Zuständigkeitsproblemen. Strukturierte Vorgangsweise.
Referent: Dr. Erik Schmid, Vorstand der Abteilung Veterinärangelegenheiten im Amt der Vorarlberger Landesregierung

Donnerstag, 3. Mai 2001

Stellenbeschreibung in der Gemeinde

In diesem Workshop geht es darum in der zur Verfügung stehenden Zeit möglichst viele Stellenbeschreibungen für die unterschiedlichen Arbeitsplätze der Gemeindeverwaltungen anzufertigen.
Referent: Martin Duelli, Organisator im Amt der Stadt Feldkirch

Mittwoch, 9. Mai 2001

Das neue Fischereirecht

Ab 2001 gelten für alle Gewässer Vorarlbergs mit Ausnahme des Bodensees ein neues Fischereigesetz und eine neue Fischereiverordnung.
Seminarinhalte: Einführung in das Fischereigesetz und in die Fischereiverordnung mit folgenden Schwerpunkten: Fischereirecht, Revierinteilung, Bewirtschaftung, Ausübung des Fischfanges einschließlich besonderer Fischereipolizeilicher Vorschriften, Fischereiaufsicht.
Referenten: Dr. Harald Schneider, Abteilung Gesetzgebung im Amt der Landesregierung; Dr. Benno Wagner, Fischereixperte, Abteilung Landwirtschaft im Amt der Landesregierung

Sonstiger Termin

27. April 2001, 17:00 Uhr

Architektur vor Ort

In dieser Veranstaltungsreihe des vorarlberger architektur institut stellen sich die ArchitektInnen, Bauherren und Baufachleute den Fragen der TeilnehmerInnen im Rahmen einer Besichtigung ihres fertiggestellten Gebäudes oder ihrer Baustelle.
Ort: Werkhof und Feuerwehr, Hohenems

Festwoche der Raumplanung

Von 2. bis 6. April 2001 veranstaltet die TU Wien eine Festwoche, die u.a. einen fundierten und kritischen Überblick über Entwicklungen und Tendenzen in der Raumplanung bietet.

ExpertInnen aus dem In- und Ausland werden über die aktuellen Bedingungen der Planung, sog. „Best Practices“ sowie über neue Instrumente der Raumplanung referieren und diskutieren.

Parallel dazu finden die diesjährige Konferenz der deutschsprachigen Städtebau- und RaumplanungsprofessorInnen sowie das internationale Treffen der RaumplanungsstudentInnen statt. Neben einer zentralen Ausstellung über die Österreichische Raumplanung zeigen die einzelnen Raumplanungsinstitute der TU in einer Woche der offenen Türen ausgewählte Referenzprojekte sowie ihre jeweilige Forschungskompetenz.

Beiträge anderer maßgeblicher Akteure der Planung ergänzen diese Schau. Workshops, Exkursionen, eine Filmreihe, die Stiftung und erstmalige Verleihung des Österreichischen Raumplanungspreises oder auch Aktionen im öffentlichen Raum komplettieren das Programm.

**Festwoche der Österreichischen Raumplanung, 2.-6.4.2001, TU Wien,
www.festwoche-raumplanung.com, e-mail: festwoche.raumplanung@gmx.at,
Tel./Fax +43-1-503 14 10 (Dipl.-Ing. Reinhard Seiß)**

IMPRESSUM: Herausgeber und Medieninhaber: Amt der Vorarlberger Landesregierung, 6900 Bregenz, <http://www.vorarlberg.at/Landesregierung/laelgsm-e1.htm>
Auflage: 6.500 Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Franz Hämele, Abteilung Raumplanung und Baurecht, 6900 Bregenz, Vorum informiert über Angelegenheiten der Gemeindeentwicklung in Vorarlberg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Projektleitung: Brigitte Bilschnau-Casal/Redaktionsleitung: Andrea Felder, Verklostergasse 41, 6900 Bregenz, eMail: foeder@rao.at Redaktionsteam: Brigitte Bilschnau-Casal, Andrea Felder, Dr. Franz Hämele, Christian Türtscher, eMail: christian.tuertscher@vlg.at Gestaltung: Barbara LDT/COVER: Nikolaus Wolfer Druck: Teutsch, Bregenz. Vorum ist auf chlorfrei gebleichtem Recycling-Papier gedruckt.

Gratis-Abonnement für VORUM

Gilt nur für Neu-InteressentInnen

Ich bestelle VORUM im Abonnement
5 Ausgaben pro Jahr
 pro aktueller Ausgabe _____ Stück

Zusendung an folgende Adresse:

vorum

Abteilung
Raumplanung und Baurecht
Landhaus Bregenz
Römerstr. 15
6900 Bregenz

Bitte
frankieren